

antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 66

Januar 2010

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – aktueller denn je

Wenn Sie diese Zeilen lesen, hat das neue Jahr 2010 schon seine ersten Schritte getan. Wir wissen: Das vergangene Jahr 2009 hat uns manch bittere Niederlage, aber auch Erfolge im Kampf gegen Kriegstreiber und Neofaschisten gebracht. Wenn wir etwas bewegen, etwas verändern wollen, kommt es auf uns an. Wir selbst müssen aktiv werden, sonst ändert sich nichts! Das heißt an erster Stelle:

Schluss mit dem Krieg in Afghanistan! Friede wird es nur geben, wenn wir denjenigen in den Arm fallen, die in unserem Land für diesen Krieg verantwortlich sind!

Die Friedensbewegung plant im Jahr 2010 erneut Aktionen gegen den Krieg in Afghanistan!

Wir alle sollten dabei sein, wenn es gilt, die Kriegsparteien und ihre Vertreter in Regierung und Parlament zu stoppen. Die Volksbefragung der Friedensbewegung Ende November hat gezeigt: Die überwältigende Mehrheit der Deutschen ist gegen diesen Krieg!

**Nur gemeinsam sind wir stark!
Neonazis stoppen!
NoNPD-Kampagne entschlossen
zu Ende führen!**

Viele Antifaschisten erinnern sich noch an unsere erste Kampagne für ein NPD-Verbot, an deren Ende zwar kein Verbot dieser Partei stand, aber doch mehr als 175.000 Menschen mit ihrer Unterschrift ein solches Verbot forderten. Diese Forderung ist so aktuell wie nie! Auch das Jahr 2009 war geprägt von Gewalttaten der Neofaschisten in unserem Land, die Leib und Leben von Demokraten gefährdeten. Selbst der Präsident des Bundes-

kriminalamtes, Jörg Ziercke, erwartete für das Jahr 2009 um die 20.000 Delikte „rechtsextremer Kriminalität“ und „zwei bis drei rechte Gewalttaten pro Tag“.

Für uns ist das nichts Neues; wir wissen, dass die Neofaschisten seit 1990 mehr als 140 Menschen ermordet haben. Auch wir in Schleswig-Holstein haben unsere Erfahrungen mit neofaschistischen Gewalttätern. Ob in Lübeck oder Kiel, in Neumünster, Pinneberg, Elmsborn, Itzehoe, Husum, Kappeln oder Flensburg: Überall versuchten die Neofaschisten, mit antidemokratischen, menschenfeindlichen und rassistischen Tiraden die Menschen zu beeinflussen. Aber – und auch das zeigt das vergangene Jahr –

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Überall in Schleswig-Holstein gab es antifaschistische Aktionen; wir erinnern uns an die großen Demonstrationen in Lübeck am 28. März, in Pinneberg am 6. Juni! Auch viele kleinere Aktionen vor Ort zeigten: Die Menschen stehen auf gegen die Neonazis! Sie haben die Schnauze voll von neofaschistischen Provokationen in unserem Land!

Das können wir auch an der Beteiligung vieler Menschen an unserer zweiten Kampagne zum NPD-Verbot feststellen! Unsere Kampagne wird am 8. Mai 2010 ihr vorläufiges Ende finden, an dem Tag, an dem wir der Befreiung Deutschlands von der faschistischen Terrorherrschaft vor 65 Jahren gedenken. Für uns heißt das: Auf zum Schlusspunkt!

Wir bitten all unsere LeserInnen der Antifaschistischen Rundschau:

Unterschreiben Sie unsere Forderung für ein NPD-Verbot, gerichtet an Ministerpräsident Carstensen!

Beteiligen Sie sich an unserer Internet-Kampagne „5000 Stellungnahmen für ein NPD-Verbot“!



Hartmut Büchsel

Wie es geht, erfahren Sie, wenn Sie im Internet die Homepage www.npd-verbot-jetzt.de aufrufen: Einfacher geht es, wenn Sie das beiliegende Formular ausfüllen und es bei VVN-BdA-Mitgliedern abgeben oder an das „VVN-Landesbüro, Lindenstr. 9, 24118 Kiel“ schicken.

Allen LeserInnen unserer AR, allen Antifaschistinnen und Antifaschisten in unserem Land wünschen wir ein gutes neues Jahr 2010! Sorgen wir gemeinsam dafür, dass es friedlicher wird als das vergangene Jahr!

*Landesvorstand der VVN-BdA
Schleswig-Holstein,
i.V. Hartmut Büchsel*

Kommentar

Koalition gibt Flankenschutz für Rechts

Was im Koalitionsvertrag zwischen CDU /CSU und FDP zum Thema „Extremismusbekämpfung“ vereinbart wurde und zurzeit für heftige Debatten sorgt, ist eigentlich nichts Neues. Die Gleichsetzung von Links und Rechts war schon immer ideologische Grundlage der Innenpolitik im Bund und in den Ländern, ebenso Geschichtsfälschung und Verharmlosung von Faschismus und Neofaschismus. Auch die Forderungen nach einem Schlussstrich unter die Diskussion über die Verbrechen des NS-Regimes sind alt. Dennoch: Was jetzt aber von der Regierung Merkel/Westerwelle beschlossen wurde und umgesetzt werden soll, hat eine neue Qualität. Union und FDP halten im Bewusstsein ihrer Macht den Zeitpunkt für gekommen, den Fokus von der Bekämpfung des Rechtsextremismus weg auf den so genannten Linksextremismus und Islamismus zu richten. Von beiden ginge die größte Gefahr für die Demokratie aus, wurde ein Verfassungsschutzsprecher von den Medien zitiert.

Damit das Volk nicht gleich merkt, was hinter diesem Strategiewechsel steht, greift die Bundesregierung zu einem Taschenspielertrick. Sie verkündet, die Programme würden „auf jede Form extremistischer Gewalt“ ausgeweitet. Alle Opfer seien gleichwertig zu betrachten, sagte Bundesministerin Christina Köhler.

Aber diese Gleichsetzung trifft nicht nur die politische Linke, sondern auch die Jüdische Gemeinde in Deutschland. Antisemitismus in die Reihe von Extremismusformen jeder Art zu stellen, sei unzumutbar, empört sich zu Recht die Jüdische Gemeinde. Scharfe Kritik am Extremismusprogramm der Bundesregierung übt auch der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Günter Piering. Das Koalitionspapier wimmle nur so von schwammigen Begriffen, aber Rassismus, den er als größte Herausforderung bezeichnet, käme darin nicht vor, auch Antiziganismus werde nicht genannt. Rechtsextremismus, so Pie-

ring, sei seit 15 Jahren die deutlichste Form politischer Gewalt in Deutschland.

In der Tat sprechen auch die Statistiken über neofaschistische und rechts-extremistische Straftaten eine deutliche Sprache. Die Amadeo-Antonio-Stiftung zum Beispiel spricht von mehr als 140 Totschlagsfällen aus rechtsextremen Motiven in den letzten neun Jahren. Dabei nimmt Schleswig-Holstein mit 17 Fällen eine unrühmliche Spitzenposition ein. 2009 habe die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland ein Rekordniveau erreicht. Und die Dunkelziffer wird als hoch angesehen, weil etliche Delikte ohne Anwesenheit von Zeugen begangen wurden.

Rechtsextremistische Gewalttaten – im Gegensatz zu linken – richten sich nach einer im November veröffentlichten Untersuchung des Berliner Verfassungsschutzes vornehmlich gegen Individuen. Einen so genannten Bordsteinkick – hier wird der Kopf eines Opfers mit Stiefeln gegen einen Gehsteig getreten – gebe es zum Beispiel bei der Linken nicht. Auch der Anstieg rechtsradikaler Gewalt ist nach Angaben des Bundeskriminalamtes mit bundesweit mehr als 20.000 Delikten weiter ansteigend. Die Neonazi-Szene umfasst nach einer Einschätzung des Bundeskriminalamtes etwa 30.000 Menschen, von denen ein Drittel als gewaltbereit gilt.

Wenn künftig – was nach der Schwerpunktverlagerung der „Extremismusbekämpfungsprogramme“ zu

erwarten ist – auch weniger finanzielle Mittel im Kampf gegen Rechtsaußen zur Verfügung stehen, werden Neonazis und Rassisten davon profitieren. Deren Hassmedien wie Internetforen und Musik üben besonders auf Jugendliche schädlichen Einfluss aus. Zusätzlich fördern die Medien durch das Schüren einer „Islamophobie“ fremdenfeindliche Stimmungen. Nach dem Referendum in der Schweiz, das ein Verbot des Baus von Minaretten durchsetzte, erhielten NPD, DVU und Nazikameradschaften politisch und ideologisch Aufwind.

Umfragen ergaben, dass sich auch in Deutschland 60 Prozent der Bevölkerung ebenso entscheiden würden. Zutreffend warnte der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge unlängst in einem Aufsatz vor der Gefahr, dass sich reale Sorgen und Ängste eines Großteils der Bevölkerung im Hinblick auf die soziale Lage für fremdenfeindliche Ziele leicht (partei-)politisch instrumentalisieren lassen.

Das alles scheint die neue Koalition in Berlin nicht zur Kenntnis, auf jeden Fall nicht ernst zu nehmen.

„Wer diese Fakten nicht erkennen will und die Unterschiede mit gewagten Nazivergleichen missachtet, betreibt wissentlich oder unwissentlich das Geschäft der politischen Rechten“, schrieb jüngst treffend die Linken-Bundestagsabgeordnete und VVN-BdA-Kameradin Ulla Jelpke in der Tageszeitung „Junge Welt“.

Günther Wilke

Neue Erfahrungen mit Unterschriftenaktion zu „nonpd“

Erfolgreiche Aktion der VVN -BdA in Pinneberg und Wedel

Ob das etwas bringt?, fragten sich Mitglieder der VVN-BdA-Gruppe Wedel und Umgebung, als jemand den Vorschlag machte, an einem verkaufsoffenen Sonntag im Oktober in der Wedeler Bahnhofstraße Unterschriften für ein NPD-Verbot zu sammeln. Einen Versuch ist es aber allemal wert, meinten auch die Skeptiker, denn der Tag rückt näher, an dem die Landesvereinigung dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die Forderung unterbreiten will, sich im Bundesrat

für ein NPD-Verbot einzusetzen und Hindernisse dafür zu beseitigen. Und um Nägel mit Köpfen zu machen, beschlossen die Mitglieder der Gruppe gleich noch eine weitere Aktion am Wochenmarkttag in der Kreishauptstadt Pinneberg.

Das Ergebnis vorweg: An beiden Tagen unterschrieben innerhalb von jeweils zwei Stunden mehr als 250 Bürgerinnen und Bürger aus beiden Städten den Appell an den Ministerpräsidenten. →

„Zukunftskommission“ nimmt ihre Arbeit auf

Auf Antrag des Landesvorstandes beschloss die Landesdelegiertenversammlung am 17. Oktober:

„Es wird eine für alle Mitglieder des Landesverbandes öffentliche Kommission gemäß §11 Abs.3 der Landessatzung eingesetzt, die ausschließlich um Vorschläge zur Planung und Umsetzung der Zukunftsentwicklung der Landesvereinigung Schleswig-Holstein der VVN-BdA erarbeitet. Auch der Antrag zur Änderung der Organisationsstruktur der KV Lübeck/Lauenburg wird ihr als Material überwiesen.“

Die Kommission kann keine Beschlüsse fassen. Die Diskussionsergebnisse werden der 40. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz vorgelegt.“

Dem vorausgegangen waren Bestrebungen in den vergangenen Jahren, die Leitungsstrukturen der Landesvereinigung auf ein Modell mit SprecherInnenkreis umzustellen, sowie eine breite Debatte im Landesvorstand und in einzelnen Kreisorganisationen. Begründet wurden diese Bestrebungen vor allem mit einem leichteren Zugang für jüngere Mitglieder zu Leitungsfunktionen sowie einem Abbau von Hierarchien in den Leitungsorganen. Der Landesvorstand ist der Meinung, dass eine Strukturveränderung nur Ausfluss einer gründlichen Prüfung des organisatorischen

Zustands und der Notwendigkeit sein kann, dass die VVN-BdA-BdA weiter bestehen muss, sowie der Festlegung, worin ihre zukünftigen Aufgaben bestehen. Dem schloss sich die LDK mit dem Antrag an.

Die „Zukunftskommission“ (ZK) trat am 21. November mit 10 TeilnehmerInnen erstmalig zusammen und nahm seine Arbeit auf Grundlage schriftlich vorliegender „erster Schritte“ auf.

Diskutiert wurde zunächst der Ist-Zustand der Landesvereinigung. Einig waren sich alle darüber, dass weder Schönfärberei noch Schwarzmalerei, sondern eine realistische Bestandsaufnahme sowohl auf Kreis- als auch auf Landesebene von Nöten ist.

Einigkeit gab es weiterhin darüber,

- ▀ dass möglichst keine Fluktuation stattfinden sollte,
- ▀ dass die Sitzungstermine immer zwischen den LV-Sitzungen liegen sollen,
- ▀ dass die innerorganisatorische Bildungsarbeit nach 20-jähriger Abstinenz von herausragender Bedeutung ist,
- ▀ dass die öffentliche Präsenz eine entscheidende Rolle für die Mitgliedergewinnung darstellt.

Im Ergebnis werden bis zur nächsten Sitzung die Stärken und Schwächen der Kreise realistisch aufgeführt.

Dazu sollen eine Reihe von Fragen von den TeilnehmerInnen für ihre jeweiligen Kreise beantwortet werden, u.a.:

- ▀ Wie viele aktive Mitglieder haben ihren politischen Schwerpunkt in der VVN-BdA-BdA?
- ▀ Wie viele aktive Mitglieder haben ihren politischen Schwerpunkt in anderen Organisationen?
- ▀ Gibt es eine Öffentlichkeitsarbeit der KV?
- ▀ Tritt die KV hauptsächlich eigenständig oder im Bündnis auf?
- ▀ Welchen Arbeitsschwerpunkt hat die KV?
- ▀ Zum Schluss wurden folgende Sitzungstermine festgelegt:
- ▀ 23. Januar, 10. April, 17. Juli und 16. Oktober 2010.

Nach der ersten Arbeitssitzung ist festzustellen: Es herrschte eine gute Arbeitsatmosphäre, und die Diskussionen waren – bei aller Offenheit – von großer Ernsthaftigkeit und Solidarität geprägt. Es war uns allen klar, dass zunächst alle Fakten auf den Tisch müssen, bevor wir daran gehen können, Inhalt und Struktur der künftigen Arbeit der Landesvereinigung zu skizzieren und unseren Platz in der politischen Landschaft Schleswig-Holsteins einzunehmen.

rb



→ In Wedel hatte das Ordnungsamt die Genehmigung für einen Infostand „gegenüber dem Postamt“ erteilt. Aber weil dort nur wenig Platz ist, rückten die acht VVN-Kameradinnen und Kameraden einige Meter weiter,

stellten, hatten die ersten zehn Wedeler mit Namen und Anschrift unterschrieben. Nach zwei Stunden waren 12 Listen mit je zehn Namen voll und die 13. Liste angefangen. Wir waren kurz vor Eröffnung der Geschäfte gekom-

men. Die Menschen machten trotz des regnerischen Wetters einen entspannten Eindruck, und es gab gleich viele Diskussionen. Nur wenige Passanten sprachen sich gegen ein NPD-Verbot aus. Einer bekannte offen: „Ich habe diese Partei gewählt“, ein anderer äußerte sich rassistisch.

Das erwies sich als gute Idee, denn schon nach einer Viertelstunde, wir hatten kaum unseren Infostand aufgestellt,

men. Die Menschen machten trotz des regnerischen Wetters einen entspannten Eindruck, und es gab gleich viele Diskussionen. Nur wenige Passanten sprachen sich gegen ein NPD-Verbot aus. Einer bekannte offen: „Ich habe diese Partei gewählt“, ein anderer äußerte sich rassistisch.

Was uns Mut machte: Der Apotheker, vor dessen Schaufenster wir uns aufgebaut hatte, betrachtete das Transparent und wünschte uns viel Erfolg und eine Ladenbesitzerin kam von der anderen Straßenseite und ließ sich Listen geben, die sie an ihrer Kasse auslegen wollte.

Einige Tage später erlebten wir in der Pinneberger Fußgängerzone eine ähnliche Resonanz. Dort trugen sich 137 Personen in unsere Listen ein – Einwohner der Stadt und Menschen aus der Umgebung.

Wi

Uni Kiel – Stützfeiler des NS-Wissenschaftsbetriebs

„Wissenschaft an der Grenze“ – eine längst fällige Aufarbeitung

Im Klartext-Verlag ist im November vorigen Jahres ein längst überfälliges Buch zur NS-Geschichte der Universität Kiel erschienen. Unter dem Titel „Wissenschaft an der Grenze“ haben Christoph Cornelißen und Carsten Misch im Rahmen der Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte auf 419 Seiten nachgewiesen, dass die Universität Kiel im Norden Deutschlands einen wichtigen Stützfeiler des nationalsozialistischen Wissenschaftsbetriebs darstellte. Weite Teile der Kieler Akademikerschaft bemühten sich nach Kräften, dem „Führer“ entgegenzuarbeiten. Der Klartext-Verlag: „Der Sammelband rückt zum einen verschiedene Disziplinen und Institutionen in den Fokus, die bislang noch nicht kritisch vermesen worden sind. Zum anderen wirft er ein neues Licht auf die Idee der „Führeruniversität“ sowie auf die schleichende Transformation wissenschaftlichen Arbeitens.“

In einer ersten Besprechung des Buches untersuchen die „Kieler Nachrichten“, warum erst heute die NS-Geschichte der Kieler Universität erforscht wurde. Wer sich daran versuchte, so die KN, „galt rasch als Nestbeschmutzer“. Die Zeitung schreibt weiter: „Man könnte meinen, dass ein System, in dem sich alles um die Wahrheit dreht, rascher zu einer kritischen Selbstreflexion imstande sein müsste als andere Bereiche der Wissenschaft. Tatsächlich aber hatten die Wissenschaftler in der Nachkriegszeit ebenso wenig Interesse an einer Aufarbeitung ihrer Rolle im 3. Reich wie andere Berufsgruppen. Die nächste Professorgeneration hätte dann quasi (Doktor-) Vätermord begehen müssen, um das Thema zu fokussieren. Alle akademischen Lehrer waren ja Schüler der im Nationalsozialismus lehrenden Professoren“, konstatiert Christoph Cornelißen, einer der Herausgeber des 400 Seiten umfassenden Sammelbandes.

Hinzuzufügen ist, dass nicht nur an der Universität die alten Nazis wieder festen Fuß fassten, sondern auch in Polizei, Justiz, in Presse und den Regierungen. Fritz Bringmann, damals Generalsekretär der Internationalen



Lagergemeinschaft des KZ Neuen-gamme und heutiger Ehrenvorsitzen-der der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten in Schleswig-Holstein, nannte bereits 1976 in seiner bis heute viel beachteten Dokumentation „Von Asbach bis Lemke – Über Wirken und Einfluss von Alt-Nazis im öffentlichen Dienst Schleswig-Holsteins“ Ross und Reiter. Obwohl er auf dem Stand des damaligen Wissens die NS-Karrieren vieler Träger des NS-Regimes nachzeichnete, hat nicht einer der Genannten und Entlarvten es gewagt, juristisch gegen die Veröffentlichung der VVN vorzugehen.

Erste Versuche des ASTA, wenigstens der Opfer des NS-Regimes an der Christian-Albrechts-Universität zu gedenken und eine Stiftung zu gründen, wurden vom Senat der CAU Kiel abgelehnt. Heftig bekämpft wurde sogar noch im Jahre 2003 der Privatdozent Thomas Hill, der es unternommen hatte, zusammen mit Studenten eine Ausstellung über die Rolle der Historiker im Hitlerreich zusammenzustellen. Ausgewählt wurden von Hille fünf Historiker, die während der NS-Zeit in Kiel gelebt und gewirkt haben. Von ihnen konnte nur einer, Professor Martin Lintzel, als Gegner der NS-Bewegung eingestuft werden. Studenten waren es auch, die zusam-

men mit dem Arbeitskreis Asche-Prozess eine Ausstellung „Hochschule im Nationalsozialismus“ organisierten, in der die juristische „Stoßtruppfakultät“ der Uni Kiel nach 1933 und des Instituts der Weltwirtschaft besonders unter die Lupe genommen wurden.

Fritz Bringmann führte in seiner Dokumentation nicht nur die Namen früherer Professoren und Dozenten auf, sondern enthüllte, dass die Uni Kiel nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus auch etliche belastete Nazis neu einstellte, so dass die verbliebenen Nazis noch Unterstützung von anderen „Kollegen“ erhielten. Unter ihnen befanden sich zum Beispiel Prof. Dr. Boris Meißner, der unter dem Verdacht stand, an den Morden an 4.000 sowjetischen Bürgern beteiligt gewesen zu sein. Meißner erhielt nach 1945 eine Professur am Lehrstuhl für Ostkunde an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Uni Kiel und wurde Direktor des Seminars für Recht, Politik und Gesellschaft; oder Professor Georg von Rauch, seit 1933 stellvertretender Kreisleiter der NSDAP in Dorpat, Mitglied des NS-Dozentenbundes und des NS-Altherrenbundes, nach 1945 Mitglied des Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an Höheren Schulen in Schleswig-Holstein, Direktor des Instituts für osteuropäische Geschichte und Mitglied des Ostkollegs der „Bundeszentrale für Politische Bildung.“ Lehrstuhlinhaber für Theologie an der Uni Kiel war auch Prof. Dr. Martin Redeker, dessen damalige antisemitische Rundfunkreden als Priester besonders berüchtigt waren.

Fritz Bringmann zitierte in diesem Zusammenhang in seiner Veröffentlichung ebenfalls den Professor Theodor Wilhelm, der noch im Jahre 1944 forderte, Judentum und Freimaurer gänzlich aus dem nationalen Leben auszusperrten. Wilhelm wurde nach 1945 Mitglied des Wissenschaftlichen Prüfungsamts für das Lehramt an Höheren Schulen in Schleswig-Holstein. Als Fritz Bringmann die Nazi-vergangenheit etlicher Professoren der Uni Kiel und von Ministern der Landesregierung enthüllte, wurden gleich-

zeitig junge Antifaschisten wegen ihrer vermuteten Mitgliedschaft in der DKP und anderen linken Organisationen mit Berufsverboten belegt, verfolgte die CDU-Landesregierung mit besonderer Akribie, wer Aufkleber mit der Friedenstaube und dem Symbol der Anti-AKW-Bewegung an Autos und Fahrrädern befestigte. Fritz Bringmann ebenso wie Studenten und Schüler entlarvten den Verfassungs-

bruch durch die CDU-Landesregierung, der in der Bespitzelung der Linken und der Weiterbeschäftigung von schwer belasteten NS-Tätern in führenden Positionen des öffentlichen Lebens zum Ausdruck kam. Damals gehörte viel Mut dazu, solche Publikationen zu schreiben, zu veröffentlichen und zu vertreiben.

Aber selbst nach so vielen Jahren stoßen Historiker und Publizisten bei

ihren Forschungen immer noch auf Widerstand und Unverständnis. Umso mehr ist Christoph Cornelißen und Carsten Mish für ihre Arbeit zu danken.

Wi Christoph Cornelißen / Carsten Mish „Wissenschaft an der Grenze. Die Kieler Universität im Nationalsozialismus“ 419 Seiten, Klartext-Verlag (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd.86), 19,95 Euro

10.000 Euro für die Gedenkstätte Kaltenkirchen

Einen neuen Teilabschnitt des Rundweges sowie eine übersichtliche Hinweistafel konnten durch Spenden in der Gedenkstätte Springhirsch geschaffen werden. Vier Monate dauerte die Bauzeit des etwa 200 Meter langen Weges.

Sieben Infotafeln gibt es jetzt auf dem Gelände. Sie sind von Studenten der Christian-Albrechts-Universität in Kiel in Zusammenarbeit mit dem Trägerverein entwickelt und gestaltet worden. Das HIP genannte Projekt (Historiker in der Praxis) soll fortgesetzt werden. Ein schöner Erfolg für den Trägerverein, der heute etwa 200 Mitglieder zählt.

Wie die Unteroffiziersschule zum Nachhilfeunterricht kam

In der Dezemberausgabe der Mitgliederzeitschrift des Trägervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V. lesen wir unter der Überschrift „Überraschender Besuch der Unteroffiziersschule der Luftwaffe in Appen“ folgenden Artikel:

Wie fast jeden zweiten Tag fuhr auch an diesem Tag der stellvertretende Vorsitzende mit dem Fahrrad zur Gedenkstätte. Er wunderte sich, auf dem Parkplatz einen Bus vorzufinden, der gerade angekommen war. In ihm saßen Soldaten, die eben ihr Picknick auspackten. Der die Gruppe anführende Hauptmann erklärte, mit seine 25 Soldaten auf einer Erkundungstour im ehemaligen Übungsgelände der Bundeswehr unterwegs zu sein, weshalb er auf dem Parkplatz unangemeldet erschienen sei.

Der stellvertretende Vorsitzende ergriff zusammen mit Thomas Saretski die Gelegenheit, der Soldaten-

Gruppe eine Führung mit vollem Programm anzubieten, die der Hauptmann nicht ausschlagen konnte. Da diese schließlich drei Stunden dauerte, kamen die Soldaten nicht mehr zu ihrem eigentlichen Erkundungsmarsch über das Truppenübungsgelände. Den holten sie am nächsten Tag nach.

Fazit: Wer Spuren der Start- und Landebahn des ehemaligen Militärflugplatzes Kaltenkirchen suchen und entdecken möchte, der kommt nicht an der Gedenkstätte vorbei, die an jene KZ-Häftlinge erinnert, die diese Start- und Landebahn unter großen Opfern bauen mussten.

Lorenz Knorr: 60 Jahre Verfassungsbruch

„Die Vernebelungskampagne in der BRD lässt diesen Staat als ‚beste deutsche Demokratie, die es je gab‘ erscheinen. Ursachen der globalen Krise werden ebenso ausgeblendet wie die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen“.

Mit dieser Einleitung wird auf eine Broschüre hingewiesen, die der Publizist Lorenz Knorr, langjähriges Bundesauschussmitglied der VVN-Bund der Antifaschisten, im Selbstverlag herausgegeben hat.

Knorr stellt fest, dass der cool geplante Weg vom antimilitaristischen und antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes zu einem Staat, der an Kriegen teilnimmt und neofaschistische Parteien nicht nur duldet sondern auch instrumentalisiert, nicht im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist. „Gegen diese Herrschaftsstabilisierung der privilegierten Minorität von offiziellen und privaten Stellen sollten wir nach Kräften gegenhalten und mit unseren Mitteln der Aufklärung dienen“, fordert der Autor.

Die Broschüre bietet in 20 Seiten gut lesbaren Text und kostet pro Stück 2 Euro plus Versandkosten. Bei Abnahme von 10 Exemplaren beträgt der Preis 1.80 Euro einschließlich Versandkosten.

Zu bestellen bei Lorenz Knorr, Güntersburgallee 10, 60 316 Frankfurt/M. Tel. 069/43 29 21.

Bitte um Unterstützung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, in unserem Bemühen, die braune Vergangenheit aufzuarbeiten und hauptsächlich jungen Menschen Ursachen und Folgen der Nazizeit näher zu bringen, haben wir oft auf unsere Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ zurückgegriffen. Diese Ausstellung ist jetzt nicht nur inhaltlich überarbeitet, sondern auch sehr viel „handlicher“ geworden. Die Tafeln sind auf Stoff gedruckt und werden durch einfaches Auseinanderfalten stabilisiert. Sie können z.B. im Kofferraum eines Autos transportiert werden. Wie hilfreich das ist, braucht nicht erklärt zu werden.

Diese Ausstellung kostet 2000 Euro, aber wir wollen sie für Schleswig-Holstein kaufen. Sie wird uns in der kommenden Zeit, in der es bald keine Zeitzeugen mehr gibt, überaus hilfreich sein. Angesichts unserer chronischen Finanznot möchten wir Euch daher um eine zweckgebundene Spende bitten und hoffen, ohne Rückgriff auf unsere begrenzten Mittel diese wichtige Ausstellung anschaffen zu können. Solidarität war immer unsere Stärke.

*Gemeinnütziges Spendenkonto:
VVN-BdA, VR-Bank Flensburg-Schleswig e.G., Konto-Nr. 4332970,
Bankleitzahl 21661719, Stichwort
„Ausstellung“.*

Es lebe die Revolution !

Es war das erste Mal, dass die Stadt Kiel selbst einen Demonstrationenzug zum diesmal 91. Jahrestags des „Matrosenaufstands“ vorschriftsmäßig beim eigenen Ordnungsamt anmeldete.

1918 gab Kiel das Signal für eine revolutionäre Bewegung, die bald darauf ganz Deutschland erfasste und die zum Ende des 1. Weltkrieges und zum Sturz der Monarchie führte.

Etwa 6000 ArbeiterInnen und Matrosen marschierten am 3. November 1918 vom Versammlungsplatz im Vieburger Gehölz quer durch Kiel, um in der Feldstraße ihre inhaftierten Kameraden, die als Rädelsführer verhaftet worden waren, zu befreien und um für Frieden, Freiheit und Brot zu demonstrieren. Kurz vor dem Ziel, stoppten kaisertreue Soldaten den Zug und schossen in die Menge. Von den Demonstranten wurde das Feuer erwidert. Sieben Menschen starben, 27 wurden verletzt.

Mit den von der Stadt verteilten roten Fahnen zogen am 7. November 2009 ca. 250 Demonstranten von der Waldwiese am Vieburger Gehölz zum Bahnhofsvorplatz. Viele Kieler verstanden die Welt nicht mehr, als sie ihren neugewählten Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) an der Spitze des Zuges schreiten sahen.

Auch die angedachte Umbenennung des Bahnhofsvorplatzes zum Gedenken an die Ereignisse von 1918, zu der die Stadt ihre Bürger aufgerufen hat, löst laut Umfrage der KN bei vielen Kielern Unmut aus oder man kann gar nichts damit anfangen.

Vom Noskeplatz bis zum Platz der Kieler Matrosen gehen die Vorschläge. Auf der Internetseite der DKP-Kiel kann man auch Alternativen finden und selbst etwas vorschlagen.

Eva Börnig und ich vom Bildungsverein „Geo step by step“ hatten schon unseren ersten traditionellen Revolutionsgang im November hinter



uns, als wir unsere Matrosenmützen wieder aufsetzten, um an dem Gedenkmarsch der Stadt teilzunehmen.

Wir nutzten die Gelegenheit zum Unterschriften sammeln für einen Brief an die Stadtpräsidentin, um auf den Zustand der „Ruhestätte der Opfer der Revolution“ auf dem Friedhof „Eichhof“ aufmerksam zu machen.

Briefauszug: „... So haben wir spontan auf der Veranstaltung ..., die von allen Beteiligten übrigens sehr begrüßt

wurde, Unterschriften unter drei handschriftlich formulierte Forderungen gesammelt:

Wegweisung vom Eingang bis zu den Grabstätten, ausführliche Information über die Hintergründe an den Grabstätten, Instandsetzung und Pflege der Grabstellen.

Unter den Unterstützern auf der beigefügten Liste sind auch Teilnehmer

unserer Rundgänge ... Diese Rundgänge führt Geo step by step seit 5 Jahren durch, um über die geschichtlichen Zusammenhänge und die Hintergründe der revolutionären Bewegungen zu informieren...“

Neu: Um der nassen, kalten Jahreszeit zu entgehen, werden wir auf Wunsch einen unserer Revolutionsrundgänge im lauen Monat Mai durchführen, genauer am 7. Mai 2010 um 18.00 Uhr.

Kiel im November 2009 - Christel Pieper

Ein kleiner Weg mit großer Bedeutung

Auf der Gedenkfeier zum 100. Geburtstag des Widerstandskämpfers Harro Schulze-Boysen am 30. August 2009, die im Hause des Cousin 2. Grades Jan G. Tönnies stattfand, überraschte uns der Kieler Bürgermeister Todeskino mit den Worten: „In der Stadt, in der es einen Platz für die Hindenburgs dieser Welt gibt, soll auch Harry Schulze-Boysen einen Platz bekommen.“ (Siehe antifa-rundbrief Nr. 65).

Nach Jahrzehnten also will die Stadt Kiel sich endlich zu einem ihrer aufrechten Söhne bekennen und sie hat diesmal schnell reagiert.

Ein unauffälliger Weg an einem unauffälligen Ort durch den Pastor-Husfeld-Park trägt seit dem 26. November 2009 den Namen Harro-Schulze-Boysen-Weg.

„Es war eine weise Entscheidung der Stadt, diesen mickrigen Weg nach Harro Schulze-Boysen zu benennen“, konstatiert Jan G. Tönnies dementsprechend zur Einweihung des Schildes ironisch. Und unter Stadtpräsidentin Cathy Kietzers irritierten Blick, ergänzt er: „Wo niemand wohnt, kann auch keiner protestieren.“

Wer diesen Weg aber dann doch mal benutzt, um von der Feldstraße zur Koldingstraße zu gelangen, kann auf dem Schild folgende Inschrift lesen:

„Harro Schulze-Boysen, geb. 1909 in Kiel, Offizier, Publizist und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, hingerichtet 1942 in Berlin.“

Kiel im Dezember 2009 - Christel Pieper

Antifaschistische Nordkonferenz vom 20.2. bis 22.2.2009 in Heideruh

Wieder einmal seid Ihr herzlich eingeladen in das Ferienhaus der VVN-BdA „Heideruh“ zu der Konferenz der VVN-BdA - Nordländer Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen, Schleswig - Holstein und Hamburg. Neben dem Spaß am Zusammensein erwartet Euch natürlich ein interessantes Programm. Damit so viel wie möglich mitfahren können, werden Sponsoren dringend gesucht (jeder Euro zählt) Spenden auf VVN-BdA Kto. 4332970, BLZ:216 617 19 VR Bank Flensburg Stichwort: „Nordkonferenz 2010“.

Am Samstag

Militarisierung „Wiederauferstehung des deutschen Militarismus“, Wiederherstellung des Konsenses – Nie wieder Krieg nie wieder Faschismus.

Referent: Uli Sander, Bundessprecher VVN-BdA

Ein workshop „Rechte Musik“ Teil 1

Seminarleiter: Christian Waclawczyk, Berlin

Theorieteil: Wie schafft es rechte Musik, Inhalte STRAF-FREI zu transportieren?

Ein workshop „Rechte Musik“ Teil 2

Praxisteil: Wie geht man mit „rechten“ Titeln besonders in Clubs und im Unterricht um?

Dieser Teil wird zusammen mit der Rosa-Luxemburg Stiftung durchgeführt.

Am Sonntag

„Frieden – jetzt erst recht“

Kurzref. Bernd Meimberg - Aktuelle bundesweite Friedensaktivitäten u.a. zum Krieg in Afghanistan

Austausch über antifaschistische Aktivitäten (no.npd Kampagne u.a.) und rechte Szene.

Internetauftritt VVN-BdA Küste für die Nordländer ausbauen.

Verabredungen.

Die **Kosten** für Unterbringung in Heideruh und Verpflegung variieren je nach Teilnahmezeitraum:

26.02.2010, 18.00 Uhr – 28.02.2010, 12.00 Uhr: 90 Euro Doppel- oder Einzelzimmer wählen. 27.02.2010, 9.30 Uhr – 28.02.2010, 12.00 Uhr: 60 Euro; Nur Mittag 7 Euro oder Abendbrot 6 Euro. Auch dazu vorher anmelden !!!

Adresse: Heideruh, 21244 Buchholz /Nordheide, Ortsteil Seppensen, Ahornweg 45. Tel. 04181-8726; Fax 04181-281142, Bahnstation Buchholz. Abholdienst vom Bahnhof organisierbar.

Anmeldung f. Schleswig-Holstein b. Lore Meimberg bis 30.1.2010 unter Tel. 04543/7107 oder Email LoBeMeimberg@t-online.de

VVN-BdA Gruppe Lübeck/Lauenburg feierte 5-jähriges Bestehen



Am Sonntag, den 13. Dez. 2009 feierte unsere VVN-BdA Gruppe ihren 5. Jahrestag in der Diele in Lübeck. Auf Einladung kamen nicht nur unsere Mitglieder sondern auch Weggefährten aus befreundeten Organisationen und Bündnispartnern, denen Bernd in seiner Begrüßungsrede Dank sagen konnte, für die jahrelange Unterstützung und Treue. Besonders haben wir

uns über Alice und Fritz Bringmann gefreut, die als Ehrengäste an unserer Feier teilnahmen. Mit Fritz und Alice verbinden uns nicht nur gemeinsame Veranstaltungen. Warme Worte kamen von unserem Landesvorsitzenden Hartmut Büchsel.

Aus Mecklenburg/Vorpommern, unserem Nachbarbundesland, brachten uns Micha Strantz und Eldor Müller ermunternde Kampfesgrüße. Micha berichtete in einem kurzen Beitrag über den neofaschistischen Istzustand ihres Bundeslandes. Er übergab uns div. Geschichtsbücher über Schwerin. Wir bekamen Grußschreiben vom DGB Lübeck, von Friedens- und Antifa-Freund/Innen, von VVNlern, die an

unserer Feier nicht teilnehmen konnten, usw. Eine Ausstellung über unsere Arbeit schmückte die Diele. Auf der Leinwand zeigte Lore ihre gesammelten Fotowerke über diese Zeit. Da kam so einiges zusammen.

Ein leckeres Büfett sorgte für kulinarische Genüsse.

Mit fünf VVNler/Innen sind wir damals angefangen die brachliegende VVN/BdA in Lübeck wieder aufzubauen. Es war nicht immer leicht. Kontinuierliche Arbeit hat sich ausgezahlt. Regelmäßige Gruppenabende und öffentliche Veranstaltungen mit aktuellen Themen und kompetenten Referent/Innen zu Frieden, Neofaschismus und Demokratie sind unsere Markenzeichen. Unsere Gruppe wurde immer größer.

Dank auch an alle unsere Mitglieder, die nicht müde wurden, ob Jung oder Älter, daran mitzuwirken, dass wir so sind wie wir sind – ein gutes Kollektiv.

Lore Meimberg

Neofaschismus: Rückblick auf 2009

Vier Wahlen mit Beteiligung der extremen Rechten, zwei Großdemonstrationen gegen neofaschistische Aufmärsche, Finanzskandale bei der NPD, Parteiaustritte und -wechsel, rechte Gewalttaten gegen Andersdenkende, Hausdurchsuchungen und Waffenfunde bei Neonazis, Verbindungen zwischen krimineller Motorradrocker-Türsteher- und Neonazi-Szene, NPD-„Info“-Stände, und, und, und. Das Jahr 2009 war nicht leicht für die antifaschistische Bewegung.

Die Krise in der NPD, die nicht zuletzt wegen der hohen Straf- und Rückzahlungsforderungen der Bundestagsverwaltung – Betrug und Erschleichung von Parteienfinanzierung durch falsche Spendenabrechnungen – und der kriminellen Machenschaften des Bundesschatzmeisters Kemna offen ausbrach, war der Auftakt für ein turbulentes Jahr. Teile der Partei probten den Aufstand gegen den Vorsitzenden Udo Voigt, angeführt von Andreas Molau, der auf dem gegen Voigts Willen vorgezogenen Parteitag zum Vorsitzenden kandidieren will. Gleichzeitig erklärt Thomas „Steiner“ Wulff das Ende der vier Jahre vorher beschlossenen Zusammenarbeit der „freien Kameradschaften“ mit der NPD, der „Volksfront von rechts“.

In dieser Auseinandersetzung geht es – abgesehen von persönlichen Eitelkeiten und bezahlte Partei- und Parlamentsposten – um die strategische Modernisierung der Partei. Voigt bemüht sich um Unterstützung durch die NS-radikalen Kräfte, die Molau u.a. fehlende kämpferische Qualitäten vorwerfen. Molau hingegen, der die Unterstützung der starken Landesverbände Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hat, kündigt an, er wolle mit einer strikt neurechten und ohne Kooperation mit gewaltbereiten militanten Neonazis den Kampf um nationalkonservative Wähler führen. Als Jürgen Rieger, einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Hamburger Landesvorsitzender, der sich bereits früher mit Molau lautstark gestritten hatte, für den Fall der Kandidatur Molaus seine eigene Kandidatur ankündigt, verliert Molau die

Unterstützung von Mecklenburg-Vorpommern und gibt auf. Kurze Zeit später tritt er der DVU bei und wird deren Pressesprecher. Auf dem NPD-Parteitag tritt nun der Fraktionsvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, gegen Udo Voigt an und unterliegt. Inzwischen ist Molau auch nicht mehr NPD-Mitglied.

Derweil hat sich der Gründer,



Ministerpräsident Carstensen Arm in Arm mit „nationalen Sozialisten“

Eigentümer und Vorsitzende der DVU nahezu unbeachtet von der öffentlichen Wahrnehmung vom Vorsitz zurück gezogen und Matthias Faust als Nachfolger wählen lassen. Faust war vorher bei den REPs, der NPD und hatte teilweise enge Kontakte zu den Freien Kameradschaften. Er war erst vor etwa einem Jahr zur DVU gestoßen und sofort Landesvorsitzender in Hamburg geworden. Er kündigte an, er werde der DVU zu neuer Stärke verhelfen, distanzierte sich von jeder Gewalt und behauptete, die DVU stehe fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Die DVU halte am sogenannten Deutschlandpakt mit der NPD fest. Danach ist bis Ende 2009 festgelegt, welche der beiden Parteien bei welchen Wahlen kandidiert. Damit sollte ein Konkurrenzwahlkampf vermieden werden.

Auch in Schleswig-Holstein hat es viel Bewegung bei den Neofaschisten gegeben, überwiegend mit mäßigem, teilweise auch gar keinem Erfolg. Der 2008 begonnene Versuch, über Infostände die NPD als eine ganz normale Partei dar zu stellen, die Öffentlichkeit

an ihr Auftreten zu gewöhnen und so die Hemmschwelle bei Wahlen zu verringern, wurde erfolgreich verhindert. Nicht ein einziger Infostand konnte, wenn er überhaupt stattfand, im nördlichen Schleswig-Holstein ohne lautstarke Proteste durchgeführt werden. So musste schon die Tatsache, nachts heimlich und daher ungestört Steckaktionen durchgeführt zu haben, als großartiger Erfolg ausgegeben werden. Und das ungeachtet der Wahlergebnisse, die der NPD von den Landratswahlen in Nordfriesland über die Kommunalwahlen bis zur Bundestagswahl stetig geringere Ergebnisse brachte, und zwar in Prozent- wie auch in absoluten Zahlen. Allerdings gelang es ihnen bei den Kommunalwahlen, im Kreis Stormarn als auch in der kreisfreien Stadt Kiel – hier nur durch ein Ausgleichsmandat – ein

Mandat zu erringen.

Eine aus ihrer Sicht gelungene Aktion muss aber auch erwähnt werden. Als sich am Abend der Bundestagswahl einige „nationale Sozialisten“ Zugang zum Landtag und den dortigen „Wahlfeiern“ verschaffen konnten, wurden sie Arm in Arm mit dem alten und neuen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen fotografiert. Allzu schwer war das wohl nicht, denn die unwiderstehliche Anziehungskraft von Kameralinsen auf „Grinse-Peter“ ist allgemein bekannt.

Übrigens erhielt Thomas „Steiner“ Wulff, NPD-Führungskader und bundesweit anerkannter und agierender Kameradschaftsführer – bei der Bundestagswahl in Lübeck von allen in Schleswig-Holstein kandidierenden Kandidaten noch die meisten Stimmen.

Dank der unermüdlichen Recherchearbeit von JournalistInnen wie Andrea Röpke, Andreas Speit und andere wurde endlich die „Heimatreue deutsche Jugend (HdJ)“ verboten. Diese Organisation indoktrinierte nach Art der Hitlerjugend, der Pimpfe und des Bundes deutscher Mädels aus

der Zeit des Naziregimes Kinder und Jugendliche im Geiste des Nationalsozialismus.

Die Machtkämpfe innerhalb der neofaschistischen Szene schlugen auch auf Schleswig-Holstein durch. So hat etwa der NPD-Kreisverband Nordfriesland/Flensburg/Schleswig-Flensburg innerhalb weniger Monate zwei Kreisvorsitzende und mehrere Vorstandsmitglieder verbraucht. Interessant ist dabei auch die Figur Kevin Stein, über den wir schon öfter hier berichtet haben. Offenbar nach heftiger Kritik wegen des desaströsen Abschneidens bei den Wahlen trat er noch am Tag nach der Bundestagswahl als Kreisvorsitzender zurück und aus der NPD aus. Nachdem er kurzfristig eine Splittergruppierung mit ihm als (einzigem?) Mitglied gegründet hatte, trat er der DVU bei und trug dem niedersächsischen DVU-Vorsitzenden an, den faktisch nicht mehr existierenden

Landesverband neu aufzubauen mit dem Ziel, der DVU bei der nächsten Kommunalwahl zu einem grandiosen Erfolg zu verhelfen. Im Internet wurde dann auch noch heftig schmutzige Wäsche gewaschen.

Im Kreis Stormarn allerdings hat sich nach bisher unbestätigten Meldungen der DVU-Kreisverband neu gegründet.

Zwei Großveranstaltungen in Schleswig-Holstein wollten die Neofaschisten 2009 durchführen: Den „Gedächtnismarsch für die Lübecker Bombenopfer“ und erstmalig den „Tag der deutschen Zukunft“; letzteren in Pinneberg und dann jährlich in einer anderen norddeutschen Stadt (2010 im niedersächsischen Hildesheim). Sie hatten beide Veranstaltungen massiv beworben, so dass sich in beiden Städten – in Lübeck schon traditionell – breite, sehr breite Bündnisse bildeten, die dem Treiben der Neonazis vieltau-

sendfachen Widerstand entgegen setzten (wir berichteten mehrfach darüber).

Was erwarten wir 2010? Wir werden noch einmal alle unsere Kräfte sammeln, um die Kampagne no.npd zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Ganz sicher werden wir auch unsere Kontakte und Bündnisbeziehungen weiter ausbauen, denn leider ist nicht mit dauerhaft rückläufigen Tendenzen im Partei- und parteifreien Spektrum der Neofaschisten zu rechnen. In einigen Gebieten zeichnet sich auch eine zunehmende Radikalisierung und terroristische Militanz ab. Und so sehen wir unsere Aufgaben auch darin, ein Scharnier zu bilden zwischen sonst schwerer zusammenfindenden „bürgerlichen“ und „nichtbürgerlichen“ antifaschistischen Kräften. Und dabei sind wir schon auf einem guten Weg – nicht überall, aber doch mehr als in jüngster Vergangenheit. *rb*

Spuren eines Kaltenkirchener Pastors

Das neue Buch von Gerhard Hoch trägt den Titel „Ernst Szymanowski-Biberstein – die Spuren eines Kaltenkirchener Pastors – Gedanken zu einem in Deutschland einmaligen Fall“.

Es wurde in einem Festakt in der Michaeliskirche Kaltenkirchen vorgestellt.

Der Lebenslauf des Geistlichen ist beklemmend: Er wurde 1899 geboren, trat 1926 der NSDAP bei, wurde 1927 als Pastor geweiht und 1933 sogar zum Propst von Neumünster berufen. Um sich ganz seiner braunen Karriere widmen zu können, quittierte er 1936 den Kirchendienst und trat dem SD, (Sicherheitsdienst der SS) bei. Weil ihm der Familienname Szymanowski zu slawisch klang, nannte er sich ab 1941 Biberstein.

Er wurde Leiter der Gestapo in Oppeln in der Nähe von Auschwitz und ordnete hier die Deportation der Juden an. Als er 1942 zum Leiter eines Einsatzkommandos in der Ukraine ernannt wurde, befahl er bis 1943 die Ermordung von mindestens 3000 jüdischen Einwohnern durch Erschießung oder Vergasung.

1945 wurde Szymanowski in Neumünster verhaftet.

„Es handelte sich bei den damals zum Tode verurteilten ja nur um Berufsverbrecher, Saboteure und Terroristen“, erläuterte er vor dem US-Militärgerichtshof in Nürnberg 1948.

Das Urteil über ihn lautete: Todesstrafe.

Die Evangelische Landeskirche Schleswig-Holsteins stellte daraufhin einen Antrag auf Begnadigung des Massenmörders und hatte Erfolg. Schon 1957 kam er frei und die Kirche stellte ihn wieder in den Kirchendienst ein.

1986 starb Szymanowski in Neumünster.

(Die ev.luth. Kirchengemeinde Kaltenkirchen finanzierte die Drucklegung des Buches, das im November 2009 im Wachholtz-Verlag Neumünster erschien.)



M.W.

Stolpersteine in Kiel – Spuren der Erinnerung

19 Bilderrahmen mit eigenen Fotos und erklärenden Texten u.a. über die Stolpersteine, den Schicksalen der Menschen der verschiedenen Opfergruppen und unserer Arbeit in der verdi-Projektgruppe, hängen seit dem

24. August 2009 im DAA-Haus, Holstenbrücke 7 in Kiel.

Die kleine Ausstellung, die ich innerhalb meines 1-Euro-Jobs eigentlich nur für eine 4 Tage lange Multimedia-Ausstellung erarbeitet habe, ist auf Wunsch zur Dauerinformation an den Wänden des 2. Stockwerkes geworden. Bilder und Texte habe ich deshalb zusätzlich in einer Infomappe zusammengefasst, um weiteren Interessierten die Ausstellung vorzustellen. Fotos wie Texte sind mein Eigentum geblieben.

Unter dem gleichen Titel werde ich auf den Spuren der Erinnerung ab Mai 2010 Stadtgänge in der Innenstadt von Kiel durchführen. Die Stadtgänge werden unter www.geostepbystep.de demnächst angeboten.

Christel Pieper-Kiel

Kapitalismus, Krise und Krieg

16. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2009

Den Afghanistankrieg 2010 beenden!

Dieser Friedensratschlag stand im Zeichen der Turbulenzen um den Bundeswehreininsatz in Afghanistan. So war es kein Wunder, dass am Ende des Ratschlags alle ca. 400 TeilnehmerInnen als wichtigstes Ziel der Friedensbewegung für 2010 formulierten: „Dem Frieden eine Chance“ – „Truppen raus aus Afghanistan“

Das Jahr 2009 war nach 8 Jahren Krieg in Afghanistan nicht nur von einer Eskalation des Kriegsgeschehens und dessen Ausdehnung auf Pakistan gekennzeichnet, sondern auch von einer Intensivierung der Kontroversen hierüber. Mehr noch als in Deutschland hat diese Debatte in anderen NATO-Ländern und den USA zugenommen.

Die Kampagne 2010 der Friedensbewegung beinhaltet folgende Aufgaben:

- ▶ Sensibilisierung der deutschen Bevölkerung gegen den Krieg, um aus der demokratischen Mehrheit gegen den Krieg eine politisch aktive Kraft zu entwickeln
- ▶ direkte Ansprache von Abgeordneten derjenigen Bundestagsparteien, die mehrheitlich bzw. nach außen hin geschlossen den Kriegseinsatz befürworten

- ▶ verstärkte Kontakte zur Friedensbewegung in anderen Ländern, wo gleichfalls die Kritik am Kriegseinsatz in Afghanistan zunimmt

Am 9. Jahrestag des Beginns des Afghanistan-Krieges werden wir uns an regionalen, und internationalen Aktivitäten der Friedensbewegung beteiligen. Eine bundesweite Großdemonstration in Berlin und Stuttgart Anfang Oktober ist bereits in der Planung.

Ob es gelingt, dass aus der Bevölkerungsmehrheit gegen den Krieg eine politische aktive Kraft entsteht, hängt von dem Engagement der Friedensbewegung und der Großorganisationen wie z. B. Gewerkschaften, Kirchen u.v.a. mehr, ab. Die VVN-BdA wird ihren Teil dazu beitragen.

Viele hoch interessante Referate und Workshops machten diesen Ratschlag wieder zu einem besonderen Erlebnis. Unmöglich über alles zu berichten. Dr. Schuhler aus München referierte zu dem zentralen Thema des Ratschlags – Kapitalismus. Das Kapital unterliegt dem Zwang zum Wachsen. Der globale Kapitalismus dringt auf die globale Kontrolle über die Ressourcen. Die Militärdoktrinen sind auf diese Kontrolle ausgerichtet. Das US-Papier „no rivals“ schreibt

fest, keinen Rivalen in irgendeinem Teil der Welt zuzulassen, der in der Lage wäre, den USA bzw. der EU diese Kontrolle streitig zu machen.

Auch in Afghanistan geht es um den Einfluss in Asien, um der Kontrolle in diesem Teil der Welt ein Stück näher zu kommen. Dazu braucht man Feindbilder. Dr. Sabine Schiffer vom Institut für Medienverantwortung wies in ihrem Referat nach, wie der Islam als neues Feindbild aufgebaut wird über die Politik (Terrorkampf), trans-



Abstimmungsaktionen zum Afghanistan-Krieg

Die Abstimmungsaktionen der Friedensbewegung in ca. 90 kleinen und großen Orten anlässlich der Verlängerung des Bundeswehrmandats konnten sich sehen lassen.

In Schleswig-Holstein fanden Abstimmungen in Elmshorn, Lübeck, Kiel, Pinneberg, Rendsburg und Wedel statt. Zahlreiche Mitglieder der VVN-BdA waren mit auf der Straße um mit der Bevölkerung über den Krieg in Afghanistan zu diskutieren. Die Resonanz war sehr positiv.

Im Bundesgebiet abgegebene Stimmen: 17.490 Nein, zu der Verlängerung 16.583 und Ja-Stimmen 907. Das entspricht dem Trend in der Bevölkerung.

portiert über die Medien. Das Frauenbild des Islam wird hier benutzt, um Stimmung gegen die islamischen Länder zu erzeugen, die unter die Kontrolle gebracht werden müssen.

Neben dem Kampf gegen den Krieg in Afghanistan hat der Bundesausschuss Friedensratschlag weitere Schwerpunkte formuliert: Abrüstung statt Sozialabbau. Für globale Gerechtigkeit und gegen Unterentwicklung. Für eine atomwaffenfreie Welt und gegen Atomwaffen in Deutschland. Gegen Neofaschismus und Geschichts-Revisionismus. Für demokratische Grundrechte und gegen Militarisierung im Innern.

Einige Referate haben wir auf DVD. Sie können sehr gut bei Gruppenabenden zur Einführung in die Diskussion benutzt werden.

Bernd Meimberg

Leben und Wirken Fritz Bauers

Eine Biografie von Irmtrud Wojak

In unserer ANTIFA Mai/Juni 2009 beschreibt Heinrich Hannover die politische Justiz in der BRD nach 1945. Das selbe Thema behandelt Irmtrud Wojak in spannender Form in ihrer Biografie über Fritz Bauer. Der engagierte Generalstaatsanwalt Frankfurts stammte aus jüdischer Familie. Nach der Machtübertragung verboten ihm die Nazis die Ausübung seines Berufes als Jurist und sperrten ihn ins KZ. Bauer gelang es, nach Dänemark und Schweden zu fliehen.

Als Fritz Bauer nach der Befreiung vom Faschismus nach Deutschland zurückkehrte, musste er erleben, dass sich seine Juristenkollegen weigerten, sich mit den Naziverbrechen, an denen

sie sich zum Teil selbst beteiligt hatten, auseinanderzusetzen. Trotz aller Schwierigkeiten, die man ihm bei der Aufklärung von NS-Verbrechen machte, ließ sich Bauer nicht entmutigen. Etliche Naziverbrecher kamen vor Gericht. Als Generalstaatsanwalt im Auschwitz-Prozess hat Bauer ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, was der deutschen Bevölkerung damals noch verschwiegen wurde. Nur durch schonungslose Aufklärung könne ein demokratisches Deutschland entstehen, das war Fritz Bauers Überzeugung. Und er vertrat sie trotz Morddrohungen.

Die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte hat Irmgard Wojak in großartiger Weise dargestellt. Ihr Buch ist ein

empfehlenswertes Geschichtsbuch geworden. Fritz Bauer hat buchstäblich bis zu seinem letzten Lebenstag hart gearbeitet. Im Alter von nur 65 Jahren ist er plötzlich verstorben. Die Todesursache ist nicht bekannt. Auf der Trauerfeier sprach der damalige Präsident und Mitbegründer der VVN-Bund der Antifaschisten, Dr. Joseph Rossaint, einst vom Volksgerichtshof der Nazis als katholischer Antifaschist zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Autorin der Bauer-Biografie, Irmtrud Wojak, leitet heute den Bereich historische Forschung beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen. *Gesa Metzger*

17. Jahrestag der neofaschistischen Brandanschläge in Mölln



Das Erinnern, verbunden mit dem Protest gegen die von der Politik geduldete neofaschistische Entwicklung in Deutschland, gehört in die Öffentlichkeit – auf die Straße.

Ca. 300 AntifaschistInnen aus dem Kreis Lauenburg, Stormarn, Lübeck Hamburg und Lüneburg waren angereist, um mit einer Kundgebung und einer Demonstration zum Brandhaus an die schrecklichen Ereignisse am 23. November 1992 zu erinnern. Am Haus in der Mühlenstraße wurden Kränze niedergelegt.

Die Linke Krs. Lauenburg, VVN-BdA, Linksjugend Solid, Antifaschistische Linke Schwarzenbek (ALS) und Antifa Herzogtum Lauenburg riefen als Bündnis zu diesem Gedenken auf.

In den Redebeiträgen wurde der Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem aufkommenden Neofaschismus in

Deutschland thematisiert. Z. B. die soziale Ausgrenzung von Millionen Menschen.

Lore und ich erlebten damals die Zeit vor den Mordanschlägen mit.

„In Mölln und Umgebung wurden in den Jahren vor 1992 Anschläge auf die Unterkünfte für Asylbewerber durchgeführt. Der „Asylkreis für bedrohte Flüchtlinge“ (ein Personenbündnis von Mitgliedern der VVN-BdA, der Friedensinitiative, der Grünen und einigen MitbürgerInnen) versuchte diese Einrichtungen zu schützen, da von der Politik diese Bedrohung nicht ernst genommen wurde. 14 Tage vor den Mordanschlägen versuchte ein Bündnis, zusammen mit der Antifa, mit einer Demonstration auf den sich verbreitenden Neofaschismus auch in Mölln aufmerksam zu machen. Heino Förster (NPD) und seine Skinheads versuchten diese Demo zu stören. Die Morde in Mölln waren dann der traurige Höhepunkt der neofaschistischen Gewalt in Deutschland. In Mölln war einer der Täter Mitglied der NPD“.

Mit dem Brandanschlag am 21. September 2009 auf das Lokal „Feuerschloss“ in Schwarzenbek und Drohungen gegen türkische Läden wird deutlich, dass diese Art von rassistischer Gewalt nicht ausgestorben ist.

Rechtsextremismus und Neofaschismus untergraben die Gesellschaft, das ist das Problem!

Das war die klare Aussage aller Redner/Innen gegen die Versuche, Islamismus und Linksextremismus mit Neofaschismus gleichzusetzen.

VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Wichtige Termine

26.1. um 19.30 Uhr in der Stadtbücherei Wedel, Rosengarten 6

„Der Sinti Walter Winter überlebte den Holocaust“. Die Autorin Karin Guth gibt einen Abriss über Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma in Deutschland und eine Chronologie der Verfolgung in der NS-Zeit.

3.2. um 19 Uhr, Volkshochschule Elmshorn, Bismarckstr. 13

„65 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz“. Zeitzeugengespräch und Diskussion mit Esther Bejarano, Überlebende des KZ Auschwitz

27.3. Demonstration in Lübeck

Unter dem Motto „Wir können sie stoppen“ ruft das Lübecker Bündnis auf, den von den Neonazis geplanten Marsch zu verhindern. Treffpunkt wird bekannt gegeben.

Neue Braune Blätter wollen an den Kiosk

Zwei weitere braune Blätter möchten sich als normale Zeitung bzw. Zeitschrift am Kioskhandel etablieren. Dieses gilt es zu verhindern: Die revanchistische „Preußisch Allgemeine Zeitung“ (PAZ) und das neu gegründete Monatsmagazin „Zuerst“. Wir sollten in den örtlichen Kiosken nachsehen und den Protest gegen den Verkauf äußern.

Preußisch Allgemeine Zeitung“ (PAZ)

Die „Preußische Allgemeine Zeitung“ (PAZ) hieß bis 2003 „Das Ostpreußenblatt“, hat ihren Sitz in Hamburg und ist das (in)offizielle Organ der „Landmannschaft Ostpreußen“ (LMO). Schwerpunkt „Ostgebiete“, deren Zugehörigkeit zu Polen oder der Tschechischen Republik wird immer wieder in Frage gestellt. Rechtspopulistische Töne, eine Überschneidung zu der Zeitung „junge Freiheit“ hinsichtlich des Autorenstamms und der Aufmachung zeigt ihren extrem rechten Charakter und ihre Steigbügelfunktion zum intellektuellen Neonazismus.

Das Monatsmagazin „Zuerst“.

Hinter dem ganzen Projekt steht der extrem rechte Verleger und „Re-Germanisierung“-Aktivist Dietmar Munier. In Schleswig-Holstein ist er ein alter Bekannter. Er ist Geschäftsführer und Mitinhaber des wohl größten extrem rechten Verlags-Komplex in Deutschland. Seit seiner Jugend ist Munier in der extremen Rechten tätig. Von der „Gemeinschaft Junges Ost-

preußen“ (GJO) über die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) bis zu einer führenden Funktion beim Bund Heimattreuer Jugend (BHJ), die 2009 verboten wurde. „Zuerst“ löst das Monatsmagazin „Nation & Europa“, das von ehemaligen Waffen-SS-Mitgliedern gegründet wurde, ab. Munier hat diese langlebigste extrem rechte Zeitschrift in Deutschland aufgekauft.

Vertrieb

Die Zeitschrift „Zuerst“ soll am 18. Dezember 2009 in Kiel an den Kiosken erschienen sein. Besonders pikant ist, dass die „Verlagsunion“ die Vertriebstochter des Bauerverlages in Hamburg, diese Zeitschrift vertreiben wird. Bei „Amazon“ kann man über das Internet die neonazistischen Machwerke von Munier kaufen.

Zeitungen und Monatszeitschriften der Rechtsextremen und Neofaschisten werden immer mehr über die ganz normalen Vertriebsketten angeboten. Über Munier kann man im Internet einiges nachlesen – auch äußerst kritische Stimmen, die den neofaschistischen Charakter dieses Verlegers öffentlich machen.

Zeitungen der extremen Rechten bzw. des Neonazismus, die bereits in Kioskhandel existieren: „Deutsche Stimme“, „National-Zeitung“, „Junge Freiheit“, „Der Schlesier“ und Magazine „Deutsche Geschichte“, „Deutsche Militär-Zeitschrift“, „eigentümlich frei“ und zusätzlich noch irrationale Periodika „Matrix2000“ und „Trojaburg“.

Bernd Meimberg

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerweg 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdah@email.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de

Neofakommission Küste:

www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name:
Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von Euro*.
Adresse:
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
BLZ 216 617 19, KNR 4332970